

«Schulferien sind eine Herausforderung»

Tagess-Anzeige, 23.7.2015

Die langen Sommerferien stellten erwerbstätige Eltern vor Probleme, sagt Ludwig Gärtner vom Bundesamt für Sozialversicherungen.

Mit Ludwig Gärtner sprach Maja Briner

Gibt es in der Schweiz Lücken bei der Kinderbetreuung?

Die vielen Schulferien stellen die Eltern vor Herausforderungen. Das hören wir immer wieder, zum Beispiel ganz konkret am Kaffeetisch von Mitarbeitenden. Die Eltern haben fünf oder sechs Wochen Ferien, die Kinder 13 Wochen – das führt zu Problemen.

Was ist mit privaten Angeboten wie Pfadi oder von der Pro Juventute?

Bei Verbänden wie der Pfadi muss man Mitglied sein – das sind nicht alle. Die Mitgliederzahlen sinken in letzter Zeit. Zudem sind diese Angebote nicht flächendeckend, und nicht immer gibt es eine Ganztagesbetreuung. Zu wenige Angebote gibt es zudem für Eltern, die unregelmässig oder auf Abruf arbeiten. Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen: Ein Arbeitsloser, der kurzfristig wieder eine Stelle bekommt, findet kaum so rasch eine Lösung für die Kinderbetreuung.

Soll der Bund hier eingreifen?

Es gibt einen Querbezug zur Fachkräfteinitiative: Wir wollen Fachkräfte mobilisieren, Frauen sollen ihre Erwerbstätigkeit ausdehnen – und dafür braucht es Kinderbetreuungsangebote. Das kommt auf dem Markt offensichtlich nicht zustande. Flexible Angebote oder Angebote für die Abdeckung von Randstun-

den sind für Anbieter wenig attraktiv, weil sie einen hohen Planungs- und Koordinationsaufwand voraussetzen.

Der Bund hat aber kaum Kompetenzen bei der Betreuung.

Ja, die Kantone und Gemeinden sind zuständig. Es macht in diesem Fall auch Sinn, Probleme nicht zentral anzugehen. Ausprobieren können die Akteure vor Ort besser als der Bund. Der Bund kann aber die zuständigen Akteure bei diesen Bestrebungen unterstützen.

Der Bundesrat hat angekündigt, die externe Kinderbetreuung mit 100 Millionen Franken in acht Jahren fördern zu wollen. Im Herbst kommt der Gesetzesentwurf, wie Radio SRF berichtet hat. Was ist geplant?

Der Gesetzesentwurf enthält zwei Teile: erstens sollen für Kantone und Gemeinden Anreize geschaffen werden, die Kosten zu senken. Zweitens sollen Projekte zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützt werden.

Was soll konkret geschehen?

Der Bund will Projekte unterstützen, die Kantone, Gemeinden und Private lancieren, um neue Modelle auszuprobieren. Es sollen Ideen generiert werden. Man könnte etwa die Diskussion zwischen den Spitätern anstossen, damit diese ein gemeinsames Angebot schaffen.

Reicht das Geld, um das Betreuungsangebot zu verbessern?

Finanziert werden sollen nur die Innovation und Konzeptförderung, nicht das Angebot selbst. Ob das Geld reicht, wird sich erst bei der Anwendung herausstellen. Welche Kantone und Gemeinden reagieren, wird sich zeigen.

Denken Sie, dass die Kantone und die Gemeinden mitmachen?

Ja, ich denke schon. Dank der Anstossfinanzierung des Bundes für Kinderkrippen und Tagesschulen hat sich das Angebot in den letzten zwölf Jahren verdoppelt – obwohl der Bund die Angebote nur zu Beginn finanziert. Es ist also nicht so, dass die Kantone und Gemeinden kein Interesse daran haben und nichts machen.



Ludwig Gärtner

Der 58-Jährige ist stellvertretender Direktor des Bundesamts für Sozialversicherungen. Dort leitet er das Geschäftsfeld «Familie, Generationen und Gesellschaft».

Mehr Geld für Kinderbetreuung Arbeiten soll sich für Eltern lohnen

Seit 2003 läuft ein Programm, das Krippen und Tagesschulen finanzielle Starthilfen gewährt. In den letzten zwölf Jahren konnten dadurch rund 48 000 neue Betreuungsplätze geschaffen werden. Doch das genügt nicht, heisst es in einem Bericht des Bundes vom Mai. Innenminister Alain Berset nannte die Mängel des Programms: Wegen der hohen Kosten lohne es sich für viele Eltern nicht, erwerbstätig zu sein. Zudem fehle es an Angeboten ausserhalb der Schulstunden und in den Ferien. Der Bundesrat möchte deshalb in acht Jahren mit 100 Millionen Franken die externe Kinderbetreuung vergünstigen und ausbauen. Im Parlament dürfte der Vorschlag auf Widerstand stossen: Linke und CVP hatten ihn im Mai als ungenügend gerügt, FDP und SVP lehnten ihn ab. (mj)